

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

e-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

10. September 2014

Pressemitteilung

- Schuljahr 2014/2015 wird unter dem Vorzeichen des beginnenden Landtagswahlkampfes stehen

- Arbeitskreis «Schule und Bildung in Baden-Württemberg» ruft zur Rückkehr zur Sachlichkeit auf

Das beginnende Schuljahr 2014/2015 lässt für die Schulen und die Schulpolitik des Landes nichts Gutes erwarten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann von Bündnis90/Die Grünen gestand Mitte Juli öffentlich ein, dass die Schulpolitik des Landes bei den Bürgern nicht gut ankommt. Trotzdem bekannte er sich wieder offen zu seinem Langfristziel, die Gemeinschaftsschule zur allgemeinbildenden Einheitsschule zu machen. Der Oppositionspolitiker Guido Wolf von der CDU hingegen kündigte während der Sommerpause mehrfach an, dass es bei einer Regierung mit ihm als Ministerpräsident eine andere Schulpolitik geben werde, die auf das Gymnasium und eine reformierte Realschule setzt.

Die jetzige Regierung wird deshalb alles tun, um ihre Politik trotz aller Mängel doch noch als erfolgreich darzustellen. Über die Gemeinschaftsschule will sie irreversible Fakten schaffen.

Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass die Landesregierung nicht den Frieden an den Schulen und keinen breiten Konsens in der Schulpolitik sucht, sondern auf Kampf eingestellt ist:

- Die Realschulen des Landes, bislang die am meisten geschätzten Schulen neben den Gymnasien, werden weiter massiv unter Druck gesetzt.
- Gegen den Willen der Lehrerschaft und der Mehrheit der Bürger wird erfolgreichen Realschulen mancherorts von heute auf morgen das Existenzrecht abgesprochen.
- Lehrern, die nicht wollen, dass ihre Schule eine Gemeinschaftsschule wird, soll mancherorts sogar mit dienstrechtlichen Konsequenzen gedroht werden.
- Wo Gemeinschaftsschulen politisch noch nicht durchsetzbar sind, sollen unter dem Vorwand, es gehe um die Einrichtung eines Schulverbundes (Realschule plus Haupt- und Werkrealschule), faktisch Gemeinschaftsschulen (ohne diesen Namen zu nennen) geschaffen werden.
- Schulverbünde werden unter Druck gesetzt, Gemeinschaftsschule zu werden.
- Wo sich Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt ihrer Realschule in ihrem Ort einsetzen, wird nicht sachlich und einer Demokratie würdig diskutiert, sondern mit schärfster Polemik bis hin zu Verleumdungen gegen die Kritiker der Gemeinschaftsschule vorgegangen.

Wir, der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg», stellen diesen schulpolitischen Machtkämpfen die Forderung nach demokratischer Diskussion und Sachlichkeit entgegen. Die Schulen und die Eltern sollen sich nicht in diese Art von Wahlkampfauseinandersetzungen hineinziehen lassen.

Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» kritisierte am 4. September den krassen Veränderungswahn in der Schulpolitik der vergangenen 50 Jahre. Kaum eine Veränderung habe das gehalten, was sie versprochen habe. Der Artikel endet mit einem Hinweis auf die Situation derjenigen, die vor Ort die Suppe auslöffeln müssen: «Die Reformfreude und der didaktische Rat, der sich über Lehrproben [...] und über Weiterbildungen verpflichtend macht, lassen so einen ganzen Berufsstand an sich irre werden. Sie betreffen die unwichtigsten Dinge wie die wichtigsten, das organisatorische Rand- wie das Kerngeschehen der Schule, den Unterricht, und produzieren in beiden Fällen stets Unmengen an Papier sowie riesigen Zeitverbrauch durch Grüßen der neuesten Gesslerhüte. Vor allem aber produzieren sie Verhaltensunsicherheit. Und das in einem System, das [...] von seiner Umwelt ohnehin nicht wenige Aufgaben gestellt bekommt. Und immer mehr und immer schwierigere. Die Frage, ob das gut gehen kann, erübrigt sich.»

Wir finden: Die Schulpolitik des Landes muss sich in erster Linie an nachhaltigen pädagogischen Leitlinien orientieren, so wie sie in der Landesverfassung und im Schulgesetz formuliert und von der pädagogischen Wissenschaft begründet sind.